

KIM IL SUNG

**ÜBER DEN BESCHLUSS
DER MOSKAUER
AUSSENMINISTERKONFERENZ
DER DREI STAATEN ZUR
KOREAFRAGE**

WERKTÄTIGE DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

KIM IL SUNG

ÜBER DEN BESCHLUSS DER MOSKAUER AUSSENMINISTERKONFERENZ DER DREI STAATEN ZUR KOREAFRAGE

Rede auf der Beratung der Abteilungsleiter
des Zentralen Organisationskomitees
der KP Nordkoreas
31. Dezember 1945

Ich möchte heute einiges im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Koreafrage sagen, den die Moskauer Außenministerkonferenz der drei Staaten angenommen hat.

Bekanntlich fand vom 16. bis zum 26. Dezember in Moskau eine Konferenz der Außenminister der drei Staaten – der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens – statt. Dieses Treffen erörterte eine Reihe von Fragen, die nach dem Zweiten Weltkrieg international geregelt werden müssen, und nahm einen Beschluss über Koreafrage an. Die Veröffentlichung erfolgte am 28. Dezember, und laut diesem Beschluss ist vorgesehen, dass zu einem unabhängigen Staat entwickelt und hierfür nach Beratungen mit den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in unserem Land eine provisorische demokratische Regierung gebildet wird. Die vier Staaten – die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und China – übernehmen 5 Jahre lang die Schirmherrschaft, damit Korea als unabhängiger Staat eine demokratische und selbstständige Entwicklung nimmt.

Sobald der genannte Beschluss veröffentlicht wurde, erfolgten verschiedene Reaktionen, und die politische Lage im Land kompliziert sich sehr.

Die reaktionären Elemente in Südkorea legen den Begriff Schirmherrschaft in diesem Beschluss als „Treuhänderschaft“ aus und entfalten eine „Bewegung gegen die Treuhänderschaft“. Auch Jo Man Sik in Nordkorea nimmt eine derartige Haltung ein.

Unter manchen Kommunisten ist ebenfalls eine Tendenz gegen den Beschluss der Außenministerkonferenz der drei Länder bemerkbar. Manche Leute in der KP Südkoreas veröffentlichten eine Erklärung gegen diesen Beschluss und stimmen dem Geschrei der reaktionären Elemente „gegen die Treuhänderschaft“ bei.

Wir hörten die Meldung über den Beschluss der Moskauer Konferenz der Außenminister der drei Länder zur Koreafrage und erörterten ihn unverzüglich mit den Mitgliedern des Ständigen Exekutivkomitees der Partei. Weil dieser Beschluss die wichtige politische Frage der Zukunft Koreas berührt, beschlossen wir, ihn noch einmal mit den Abteilungsleitern des Zentralen Organisationskomitees der Partei zu behandeln und dann offiziell den Standpunkt unserer Partei zu diesem Beschluss zu äußern.

Welche Haltung sollte nun unsere Partei zu diesem Beschluss einnehmen?

Damit wir einen richtigen Standpunkt zum Beschluss der Konferenz der Außenminister der drei Länder vertreten können, ist es meines Erachtens vor allem wichtig, genau zu erkennen, worin der wahre Sinn dieses Beschlusses liegt.

Aus dem Original des Beschlusses ist ersichtlich, dass das Wichtige in diesem Beschluss die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung im Interesse des Wiederaufbaus Koreas als eines unabhängigen Staates ist. Es kann also gesagt werden, dass der wahre Sinn dieses Beschlusses im Vorhaben besteht, Korea zu einem demokratischen und unabhängigen Staat wieder aufzubauen und zu entwickeln.

Die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung im befreiten Korea kann als wichtigste Frage, also als Ausgangspunkt bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung unseres Landes als eines vollständig freien und unabhängigen Staates betrachtet werden.

Wenn in Korea die Bildung einer solchen Regierung erfolgt, so wird die gegenwärtige Spaltung in Nord- und Südkorea überwunden und das ganze Territorium Koreas eins, und folglich entstehen alle erforderlichen Voraussetzungen für die rasche Weiterentwicklung der Wirtschaft und Kultur des Landes sowie die Verbesserung der Lebenslage des Volkes.

Die politische Linie unserer Partei besteht darin, durch die Errichtung einer demokratischen Macht unser Land als reichen, starken, selbstständigen und unabhängigen Staat aufzubauen. Deshalb stimmt die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung in Korea, was im Beschluss der Moskauer Außenministerkonferenz der drei Länder erwähnt ist, nach meinem Dafürhalten mit der politischen Linie unserer Partei und dem Anliegen unseres Volkes überein, das einen demokratischen, souveränen und unabhängigen Staat aufbauen will.

Der Beschluss dieser Außenministerkonferenz ist allerdings nicht ganz frei von Aspekten, die dem Willen unserer Nation etwas zuwiderlaufen. Die Einführung einer Schirmherrschaft der vier Staaten für fünf Jahre in Korea differiert meiner Ansicht nach etwas mit dem Wunsch unserer Nation nach der baldigsten Realisierung der Souveränität und Unabhängigkeit.

Das ist aber keinesfalls so auszulegen, dass dieser Beschluss die Souveränität unseres Landes ignoriert und den äußeren Kräften die Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes erlaubt, wovon Syngman Rhee und die anderen reaktionären Elemente Südkoreas lautstark reden.

Im Beschluss der Moskauer Konferenz der Außenminister der drei Staaten wird darauf hingewiesen, dass durch Beratungen mit der zu bildenden provisorischen demokratischen Regierung Koreas entsprechende Maßnahmen zur Regelung der Schirmherrschaft der vier Staaten für die Frist von fünf Jahren ausgearbeitet werden. Aus diesem Grunde gleicht diese Schirmherrschaft keiner imperialistischen Treuhänderschaft, die den Willen des betreffenden Volkes ignoriert. Die Schirmherrschaft kann so verstanden werden, dass sie konkret das Versprechen der vier Staaten vor den Völkern der Welt ausdrückt, dem koreanischen Volk bei der demokratischen Entwicklung des Landes und beim Aufbau eines freien, einheitlichen und völlig

unabhängigen Staates in Korea Hilfe zu erweisen und mit ihm zusammenzuarbeiten.

Es fragt sich nun, wie es dazu gekommen ist, dass der Beschluss der Konferenz der Außenminister der drei Länder als Beschluss über die „Treuhänderschaft“ entstellt wurde und die „Bewegung gegen die Treuhänderschaft“ entstand.

Der Plan für die Einführung einer „Treuhänderschaft“ in Korea wurde eigentlich von den USA als Politik gegenüber Korea vorgeschlagen. Die USA bestanden während der Verhandlungen in Teheran und Jalta wiederholt darauf. Auch auf der letzten Außenministerkonferenz der drei Staaten in Moskau unterbreitete die US-Seite den Vorschlag, dass die Truppen beider Staaten – der Sowjetunion und der USA – in Korea jeweils eine Militäradministration einführen und im Anschluss an deren Beendigung die vier Staaten – die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und China – 10 Jahre lang die „Treuhänderschaft“ ausüben sollten. Die USA behaupteten, dass auch nach dem Ablauf der Frist für die Herrschaft der Militäradministration irgendein Gremium aus Vertretern der erwähnten vier Staaten gebildet werden müsse, das die „gesetzgebende und rechtliche Gewalt sowie die administrative Macht“ Koreas ausübt, da die Koreaner zur „Selbstverwaltung“ unfähig wären. Der Vorschlag der USA gleicht faktisch der Absicht, das befreite Korea in ihre Kolonie zu verwandeln.

Dieser Vorschlag der USA wurde jedoch dank der gerechten Behauptung und der aktiven Bemühung der sowjetischen Seite abgelehnt, und es wurde der oben erwähnte Beschluss angenommen.

Sobald es den Reaktionären der USA auf der genannten Konferenz misslang, ihre Ambition, die Kolonialisierung unseres Landes, zu realisieren, entstellen sie diesen Beschluss und propagieren unverschämt, er sei von der Sowjetunion dargelegt

worden, um Korea unter „Treuhanderschaft“ zu stellen. Sie hetzen die reaktionären Elemente Südkoreas zur „Bewegung gegen die Treuhanderschaft“ auf, die zur Bekämpfung des Beschlusses dient.

Manche politischen Kräfte Südkoreas können jetzt diese hinterlistige Absicht der USA nicht erkennen, sondern klammern sich an diese Bewegung und versuchen, unter Nutzung dieser Gelegenheit politisch zu dominieren. Sogar die projapanischen Elemente und Landesverräter, die nach der Befreiung vom Volk zurückgewiesen wurden, verwandeln sich unter der Losung der Bekämpfung der „Treuhanderschaft“ in „Patrioten“. Die rechten reaktionären Elemente entstellen den Beschluss der Außenministerkonferenz der drei Staaten; sie propagieren, er habe die „Treuhanderschaft“ zum Ziel, und gehen gegen den Beschluss vor. Das zielt darauf ab, durch die Vereitelung der Verwirklichung dieses Beschlusses die Weiterentwicklung unseres Landes zu einem demokratischen, souveränen und unabhängigen Staat zu verhindern und in Korea eine proamerikanische bürgerliche Macht zu errichten.

Wir müssen den wahren Sachverhalt und das reaktionäre Wesen der „Bewegung gegen die Treuhanderschaft“, die in Südkorea durch Ränke und Lenkung seitens der Reaktionäre der USA als Drahtzieher verläuft, völlig durchschauen und sie entschlossen zurückweisen.

Wenn man betreffs der erwähnten Außenministerkonferenz „gegen die Treuhanderschaft vorgeht“ oder die „Treuhanderschaft befürwortet“ und sich so die Links- und die Rechtsstehenden voneinander trennen und sich die Konfrontation und der Kampf zwischen Nord und Süd entwickeln, wird das schließlich unserer Nation nur Schaden zufügen.

Im Ganzen genommen hat der Beschluss zum Ziel, günstige Voraussetzungen für die baldigste Vereinigung unseres Landes

und den Aufbau eines demokratischen, selbstständigen und unabhängigen Staates zu schaffen. Wir müssen in der gegenwärtigen Realität, in der in Korea sowjetische und US-Truppen stationiert sind, diese Bedingungen maximal für den Aufbau eines demokratischen, souveränen und unabhängigen Staates nutzen, diesen Beschluss also aktiv unterstützen und uns unermüdlich um dessen Verwirklichung bemühen.

Wenn unsere ganze koreanische Nation für ihn eintritt und ihn aktiv realisiert, kann die Dauer der Schirmherrschaft innerhalb der fünf Jahre verkürzt und der Aufbau eines souveränen und unabhängigen Staates in Korea beschleunigt werden. Die Lösung des Problems hängt davon ab, wie wir uns als Herren für den Aufbau eines solchen Staates bemühen.

Es ist notwendig, eine machtvolle Bewegung für die Unterstützung des Beschlusses der Moskauer Konferenz der Außenminister der drei Länder zur Koreafrage zu entfalten.

In erster Linie ist eine umfassende Aufklärungs- und Propagandaarbeit durchzuführen, damit die Parteimitglieder und alle anderen Bürger verschiedener Schichten den Beschluss richtig begreifen.

Durch Mobilisierung der Propagandamittel, darunter der Zeitungen und Rundfunksendungen, sollte man den Massen den Inhalt dieses Beschlusses erläutern und ihnen zugleich klarmachen, dass die Unterstützung und Realisierung dieses Beschlusses die Bildung einer einheitlichen, provisorischen demokratischen Regierung und den Aufbau eines völlig souveränen und unabhängigen Staates beschleunigen werden.

Ins Leben zu rufen ist ferner eine politische Kampagne, die den Beschluss der Außenministerkonferenz der drei Länder unterstützt.

Zu begrüßen ist, dass die KP in Absprache mit den anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen eine gemeinsame

Erklärung zur Befürwortung des Beschlusses der Außenministerkonferenz abgibt und die Leiter der Verwaltungsdepartements Nordkoreas ebenfalls eine derartige gemeinsame Erklärung veröffentlichen. Auch im Namen der Bezirksparteikomitees, der gesellschaftlichen Organisationen und einzelner Persönlichkeiten müssen solche Erklärungen veröffentlicht werden. Zugleich sind in Pyongyang eine große Massenkundgebung und -demonstration zur Unterstützung des erwähnten Beschlusses zu organisieren. Solche Kundgebungen und Demonstrationen sind auch in den örtlichen Gebieten entsprechend der Realität zu veranstalten.

Es ist eine schriftliche Direktive des Zentralkomitees der Partei zur Unterstützung des Beschlusses der Außenministerkonferenz auszuarbeiten und an die Parteiorganisationen aller Ebenen weiterzuleiten.

Bei der Entlarvung und Zerschlagung der Machenschaften der rechtsstehenden Reaktionäre Südkoreas, die „gegen die Treuhänderschaft auftreten“, und bei Bewegung für die Unterstützung des genannten Beschlusses ist die Rolle der KP Südkoreas wichtig. Der verantwortliche Mitarbeiter dieser Partei hält sich zurzeit in Pyongyang auf. Er sollte baldigst nach Südkorea gehen, solche Ränke entlarven und vereiteln sowie aktive Maßnahmen für die Unterstützung des genannten Beschlusses ergreifen.

Wir müssen im Kampf um die Unterstützung des Beschlusses der Moskauer Konferenz der Außenminister der drei Länder und um die Entlarvung und Durchkreuzung der Machenschaften der Reaktionäre der USA und Südkoreas, die „gegen die Treuhänderschaft gerichtet“ sind, die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei weiter festigen sowie den unbeirrten Standpunkt und das Zusammengehörigkeitsgefühl des koreanischen Volkes, das einen souveränen und unabhängigen Staat aufbauen will, im In- und Ausland überzeugend demonstrieren.

Um den Beschluss der Moskauer Konferenz der Außenminister der drei Länder zur Koreafrage zu realisieren und damit eine einheitliche, provisorische demokratische Regierung zu bilden, ist der Zusammenschluss der ganzen Nation zu sichern.

Die Annahme dieses Beschlusses führt nicht im Selbstlauf zur Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung. Auch wenn dieser Beschluss angemessen und die Hilfe der Großmächte uneigennützig ist, können nicht andere den Staatsaufbau, den unsere Nation zu bewältigen hat, an unserer Stelle vollenden. Wir dürfen unsere ganzen Erwartungen nicht nur in den Beschluss setzen und dieses Werk nicht auf andere Länder gestützt meistern wollen.

Ob wir in Korea eine provisorische demokratische Regierung so schnell wie möglich bilden können oder nicht, hängt im Wesentlichen davon ab, ob wir durch die Bildung einer demokratischen nationalen Einheitsfront alle patriotisch gesinnten demokratischen Kräfte fest zusammenschließen oder nicht. Wir müssen im Prozess der Unterstützung und Realisierung des Beschlusses der Außenministerkonferenz der drei Länder die Einheitsfront mit den anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen weiter verstärken.

Das war im Großen und Ganzen alles, was ich Ihnen auf der heutigen Beratung über den Beschluss der Moskauer Außenministerkonferenz der drei Staaten sagen wollte.